

Koalitionsvertrag



Kreisverband Oberhausen



Unterbezirk Oberhausen

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Finanzen / Finanzierungsvorbehalt	5
Arbeit und Wirtschaft.....	5
Beste Bildung / Schule der Zukunft	6
Stadt- und Freiraumentwicklung.....	7
Verkehr.....	9
Umwelt, Energie und Klimaschutz	10
Gesundheit.....	11
Kinder und Jugend	12
Soziales.....	12
Kultur	13
Sport und Freizeit.....	14
Gemeinsam in Oberhausen.....	14
Ehrenamt	15
Weitere Vereinbarungen	15

Präambel

SPD und Grüne vereinbaren eine verlässliche Zusammenarbeit ihrer Fraktionen im Rat der Stadt Oberhausen für die Wahlperiode 2009 bis 2014.

Gemeinsam verfolgen sie die Entwicklung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Zukunftsperspektiven für Oberhausen – orientiert an den Grundsätzen „Soziale Gerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“ und „Chancengleichheit“ als Querschnittsaufgaben aller kommunalen Politikbereiche.

Auf dieser Grundlage setzen SPD und GRÜNE folgende Schwerpunkte für ihre Zusammenarbeit:

Arbeit ist von herausragender Bedeutung für das wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen, für ihr Selbstwertgefühl und für ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Im Rahmen der kommunalpolitischen Handlungsmöglichkeiten betrachten SPD und GRÜNE den Erhalt und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Bildungschancen bestimmen Zukunftschancen. SPD und GRÜNE arbeiten deshalb konsequent für eine verbesserte Bildungsteilhabe und den weiteren Ausbau der Bildungslandschaft in Oberhausen. Sie stimmen darin überein, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die bestmögliche Förderung erhalten sollen. Sie plädieren für eine Konzentration der Bildungsinvestitionen auf besonders benachteiligte Bereiche. Sie sehen hierin einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit durch gezielte Förderung in den Bildungsfeldern, in denen Kinder und Jugendliche - von der vorschulischen Bildung bis zur Sekundarstufe II - besonderer Unterstützung bedürfen.

Angesichts der Herausforderungen infolge des Klimawandels und des demografischen Wandels gilt es, gezielte städtebauliche Maßnahmen anzugehen. Dies soll durch eine vorausschauende, langfristig angelegte Planung unterstützt werden.

SPD und Grüne wollen das Potenzial aller Formen der erneuerbaren Energieerzeugung, Energieeinsparung und Erhöhung der Energieeffizienz erschließen und aufzeigen, welche Hemmnisse für eine Realisierung abgebaut werden müssen.

Das Stadtentwicklungskonzept wird zu einem gesamtstädtischen Handlungskonzept ausgebaut, das einen integrierten Ansatz verfolgt, stadtübergreifende Zielsetzungen mit kleinteiligen Quartiersprogrammen in Einklang bringt und langfristig angelegte Leitprojekte formuliert.

Oberhausen ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Die Zuwanderung und die Vielfalt von Kulturen stellen eine Bereicherung für die Stadt dar. Integration und Partizipation von zugewanderten Menschen ist eine wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus schaden den Menschen und dem friedlichen Zusammenleben. Sie werden deshalb von SPD und GRÜNEN konsequent bekämpft.

SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Oberhausener Bürgerinnen und Bürger nicht schlechter gestellt werden als die Bürgerinnen und Bürger anderer Städte. Hierzu ist es notwendig, die vorhandene Infrastruktur im Sozial-, Gesundheits-, Jugend- und Sportbereich abzusichern und auszubauen. Es handelt sich um ein zentrales Element einer funktionierenden Stadtgesellschaft. Solidarität, Gleichbehandlung und Partizipation sind Prinzipien, auf die die gemeinsame Politik ausgerichtet wird.

SPD und GRÜNE bekennen sich zum Erhalt der kulturellen Einrichtungen unserer Stadt. Sie halten institutionalisierte und freie Kulturarbeit für wesentliche Bestandteile der gesellschaftlichen Ent-

wicklung und werden sich dafür einsetzen, dass kulturelle Angebote in der Stadt nach und nach zu pflichtigen Aufgaben werden.

Die Handlungsfähigkeit der Stadt hängt in erster Linie von ihrer Finanzausstattung ab. SPD und GRÜNE legen daher allen Programmen, Zielen und Entscheidungen den Grundsatz einer sparsamen, auf Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik zugrunde.

Wesentliches Ziel aller Bemühungen ist die Bewahrung bzw. Wiederherstellung von Handlungsspielräumen zur Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen.

SPD und GRÜNE werden sich gemeinsam gegen unverantwortliche Sparvorgaben von Bezirks- und Landesregierung einsetzen.

Sie sind sich einig: Finanzielle Hilfen zur Selbsthilfe durch Bund und Land auf der Grundlage eines Entschuldungsfonds, eine Ausrichtung der Infrastrukturförderung (EU, Bund und Land) nach Bedürftigkeit und die Teilnahme an Förderprogrammen auch bei fehlenden Eigenmitteln sind zentrale Bausteine, einen Teil der Handlungsfähigkeit der Stadt zurückzuerlangen.

Hierzu werden sie verstärkt einen engeren Schulterschluss mit anderen Städten suchen, um gemeinsam mit diesen politische Wege zum Erhalt des Selbstbestimmungsrechts der Kommunen zu entwickeln.

Mit diesem Koalitionsvertrag haben sich SPD und GRÜNE auf die wesentlichen Ziele für die kommende Wahlperiode verständigt. Er stellt ein Arbeitsprogramm dar, das Oberhausen zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger verändern und weiterentwickeln soll.

1. Finanzen / Finanzierungsvorbehalt

SPD und GRÜNE sprechen sich für eine Fortführung der Haushaltskonsolidierung mit sozialem Augenmaß aus. Ein Kaputtsparen wichtiger städtischer Tätigkeitsfelder und die Zerschlagung der sozialen und kulturellen Angebote, der jugend- und sportpolitischen Strukturen - auch in der Trägerlandschaft - darf es nicht geben!

Sie verfolgen diese Ziele in dem Wissen, dass das durch die Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse des Rates vorgegebene Sparvolumen realisiert werden muss.

SPD und GRÜNE stellen fest, dass eine Haushaltskonsolidierung nur unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften sowie dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und der Dienstleistungsangebote unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung erfolgen darf.

SPD und GRÜNE werden die Wirtschaftlichkeit der städtischen Beteiligungsgesellschaften (EVO, OGM, WBO, GMVA u.a.) und der noch nicht überprüften Verwaltungsbereiche durch Dritte prüfen lassen. Ermittelte Synergieeffekte sollen politisch bewertet und ggf. umgesetzt werden.

Für SPD und GRÜNE ist die Privatisierung von städtischen Einrichtungen und städtischem Eigentum kein Ziel der gemeinsamen Politik.

2. Arbeit und Wirtschaft

SPD und GRÜNE werden ein „Haus der Wirtschaftsförderung“ unter Beteiligung von WFO, ENO und TMO sowie weiteren unternehmensnahen Dienstleistern einrichten.

Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung sind die Kompetenzfelder:

- Industrie- und unternehmensnahe Dienstleistungen
- Anlagenbau
- Chemie
- Gesundheitswirtschaft
- Umwelt- und Energiewirtschaft
- Kreativwirtschaft
- Freizeitwirtschaft und Tourismus

SPD und GRÜNE werden weiterhin die örtlich ansässigen Qualifizierungsträger (ZAQ, Ruhrwerkstatt, Kurbel u.a.) unterstützen und öffentliche Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung fortsetzen. Die kommunale Beschäftigungsförderung durch die BFO gGmbH bleibt erhalten.

SPD und GRÜNE setzen sich ein für die Förderung der Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kleinen und mittleren Betrieben.

Sie engagieren sich gemeinsam für verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen, die den kommunalen Einfluss auf die Arge SODA stärken.

SPD und GRÜNE sind sich einig in ihrem Einsatz für den Erhalt eines Arbeitslosenzentrums bzw. eines entsprechenden Beratungs- und Betreuungsangebotes für arbeitslose Menschen in Oberhausen.

SPD und GRÜNE werden die wirtschaftliche Nutzung von Gebäuden durch verschiedene Teile der Verwaltung und der Beteiligungsgesellschaften durch ein Gebäude- und Flächennutzungskonzept erfassen.

SPD und GRÜNE werden bei der Ansiedlung von weiteren Logistikbetrieben im Stadtgebiet die Auswirkungen auf die Wohngebiete und den Flächenbedarf prüfen und abwägen.

Der arbeitsfreie Sonntag ist eine soziale Errungenschaft, die es zu schützen gilt. Die Sonntagsöffnungszeiten sollen daher beschränkt werden.

3. Beste Bildung / Schule der Zukunft

Bildungschancen bestimmen Zukunftschancen. SPD und GRÜNE wissen: Bildung beginnt schon in der Familie und im Kindergarten. Sie findet in Schule, Ausbildung oder Studium ihre Fortsetzung. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungssystemen gelegt werden.

SPD und GRÜNE wollen eine Bildung, die Integration fördert und Talente stärker unterstützt.

Sie setzen sich ein für das Prinzip des „längeren gemeinsamen Lernens“. Für dessen Umsetzung in Oberhausen werden sie alle rechtlichen Spielräume nutzen. Gleichzeitig werden sie gegenüber dem Land die Forderung vertreten, das Schulsystem in NRW im Sinne dieses Prinzips umzugestalten.

Bildung ist ein zentraler Baustein gegen Kinderarmut. SPD und GRÜNE sind sich daher einig, dass der Erhalt und Ausbau der Sprachförderung sowie der Bildungsdokumentation auch zur Erleichterung der schulischen Übergangphasen wesentliche Aufgaben darstellen. Hierzu gehört auch die Einrichtung einer „Ferienschule“ für benachteiligte Kinder, deren Realisierung einer näheren Prüfung bedarf.

SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass neben der Förderung der deutschen Sprache der muttersprachliche Unterricht für Kinder mit Migrationshintergrund in allen Schulformen gefördert und ausgebaut wird.

Sie setzen sich weiterhin dafür ein, die Schulsozialarbeit und den schulpsychologischen Dienst standortbezogen nach Möglichkeit auszuweiten.

SPD und GRÜNE sind sich einig, dass keine Schulschließungen aus finanziellen Gründen vorgenommen werden sollen. Für frei werdenden Schulraum werden Nutzungskonzepte entwickelt, die einer weiteren Bildungsnutzung Priorität einräumen.

Bevor Schulen geschlossen werden, soll geprüft werden, ob das Zusammenlegen von Schulen auch unterschiedlicher Formen möglich ist. Gerade bei sinkenden Schülerzahlen und nach der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen ist eine zeitnahe Bedarfsermittlung noch notwendiger geworden. Dies erfordert die Erstellung und regelmäßige Fortschreibung eines qualifizierten Schulentwicklungsplanes unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung. Dabei wird eine jährliche Aktualisierung angestrebt. Der Erhalt wohnortnaher Grundschulen muss hierbei gewährleistet werden.

Für SPD und GRÜNE ist der qualifizierte Ausbau der Ganztagschulen für alle Schulformen wesentliches Ziel kommunaler Schulentwicklung. Sie fordern von der Landesregierung, finanzielle

Mittel für ein entsprechendes Investitionsprogramm zur Verfügung zu stellen. Hierzu soll die Einrichtung von multifunktionalen Klassenräumen geprüft werden.

Die Versorgung mit einem gesunden Mittagessen, von dem kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden darf, ist für eine Ganztagschule unverzichtbar. SPD und GRÜNE setzen sich für eine möglichst schnelle Umsetzung an allen Ganztagschulen ein und erwarten dafür eine ausreichende Bezuschussung durch das Land. Bei Landesprogrammen oder anderen Formen der Finanzierung könnten Dritte, z.B. die Sparkasse, den Eigenanteil darstellen.

Um die Oberhausener Schullandschaft qualitativ weiter auszubauen und um neuen pädagogischen Entwicklungen angemessen Rechnung zu tragen, treten SPD und GRÜNE für die Fortführung des Schulsanierungsprogramms, die Modernisierung und Einrichtung von Fachräumen sowie die kontinuierliche Erneuerung der Medianausstattung an Schulen ein.

SPD und GRÜNE werden die Arbeit des Bildungsbüros unterstützen. Die vorbildlichen Anregungen der „Oberhausener Bildungsgipfel“ bieten hierfür eine wertvolle Orientierung. Für pädagogische Vorhaben soll ein Fördertopf eingerichtet werden.

SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass die Programmatik der „Agenda 21“ in allen Kindergärten und Schulen zum pädagogischen Konzept gehört.

Die Förderung der Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung und die städtische Unterstützung für alle Schulen, die den gemeinsamen Unterricht anbieten wollen, sind Bestandteile ihres gemeinsamen Vorgehens gegen Ungleichheiten.

SPD und GRÜNE sprechen sich für die Einrichtung von Lernpartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen in Oberhausen aus, um praktische Einblicke in die Arbeitswelt zu vermitteln.

SPD und GRÜNE starten eine Initiative „Bildung fördern – Standort sichern“ für Oberhausen, in der Eltern und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Unternehmer, Wissenschaftler und Praktiker, Handwerker und Studierende nach dem Motto „Keiner geht verloren“ zusammenarbeiten, um jedem Kind die Chance auf einen Abschluss und eine Ausbildung zu bieten. Die Finanzierung soll durch öffentliche Mittel sowie Sponsoren- und Stiftungsgelder erfolgen.

In der gemeinsamen Überzeugung, dass lebensbegleitendes Lernen unterstützt werden muss, bekennen sie sich zum Erhalt und der Entwicklung der kommunalen Weiterbildungsangebote der VHS und anderer Träger. Dies beinhaltet eine Vernetzung z. B. mit Weiterbildungseinrichtungen der Nachbarstädte und den örtlichen Berufskollegs.

SPD und GRÜNE setzen sich ein für die Fortsetzung der kapazitätsorientierten Ausbildung bei der Stadtverwaltung und im Konzern Stadt und unterstützen das Klageverfahren gegen die Gemeindeaufsicht, die der Stadt die Wahrnehmung dieser Aufgabe verwehren will.

4. Stadt- und Freiraumentwicklung

Für SPD und GRÜNE ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein zentrales Anliegen. Vielfältige, artenreiche und nicht versiegelte Landschaftsräume sind eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in Oberhausen.

SPD und GRÜNE sind sich der besonderen Bedeutung der regionalen Grünzüge bewusst. Ergänzend soll eine verbesserte Anbindung bzw. Erreichbarkeit für den Nord- und Südraum der Stadt erfolgen.

SPD und GRÜNE sind sich einig, eine umfassende Freiraumplanung mit den Schwerpunkten

- Verknüpfung von Grünflächen,
- naturnahe Wiederherstellung von Bachläufen,
- Einklang von ökologischer Aufwertung und naturschonender Naherholung

zu erstellen und deren Umsetzung schrittweise kurz- bis mittelfristig voranzutreiben.

Dabei bietet der Emscherumbau eine große Chance für eine zusammenhängende Grünflächenentwicklung, die positiv auf die angrenzenden Stadtteile wirkt. Dies soll planerisch aufgegriffen werden.

SPD und GRÜNE unterstützen die Umsetzung der bestehenden Planungen zum Emscher-Erlebnispark (ökologische Gestaltung, Landschaftsbrücke, Haus des Wassers, ökologischer Lehrpfad, Neugestaltung der sportlichen Anlagen auf der Emscherinsel).

SPD und GRÜNE sprechen sich für eine Aufwertung des Kaisergartens und des Tiergeheges aus. Der kostenfreie Zugang zum Tiergehege wird garantiert.

SPD und GRÜNE sind sich der hohen Wohn- und Freiraumqualitäten der „Parkstadt Oberhausen“ bewusst und verfolgen deren Weiterentwicklung.

Der Volksparkgedanke soll über die Stadtparkanlagen Volkspark (Sterkrade), Revierpark/Stadtwald (Osterfeld) und Olgapark (Osterfeld) auch auf andere Stadtbereiche ausgedehnt werden.

SPD und GRÜNE wollen das Tal und den Verlauf des Alsbachs in ein Freiraumkonzept einbinden. Sowohl Tal als auch Verlauf sollen grundsätzlich von weiterer Bebauung freigehalten werden. Zweckgebundene Erweiterungsflächen für die bestehende Einrichtung für Menschen mit Behinderungen lassen sich jedoch in verträglichem Maße realisieren.

Ruhrpark und Ruhrauen sollen durch ein attraktives Rad- und Fußwegenetz ergänzt werden.

SPD und GRÜNE werden ein integriertes Stadtentwicklungskonzept auf der Grundlage des vorliegenden Stadtentwicklungskonzeptes 2020 erstellen. Hierbei soll eine kleinräumige und stadtteilbezogene Planung als Grundprinzip der Stadtentwicklungsplanung etabliert werden.

Ein Leitbild der Stadtentwicklung ist die flächensparende Stadt. Vorrang hat Flächenrecycling. SPD und GRÜNE setzen sich für eine umweltgerechte bauliche Entwicklung ein. Dazu sollen konkrete ökologische und klimaschutzbezogene Vorgaben definiert werden, an denen sich die Bauleitplanung mit zu orientieren hat.

Per Satzungsbeschluss verabschiedete Bebauungspläne behalten aus Gründen der Planungssicherheit und des Vertrauensschutzes ihre Gültigkeit.

Bei der Neuaufnahme von Bebauungsplänen muss berücksichtigt werden, dass auch zukünftig eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum sichergestellt ist sowie genügend Flächen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung gestellt werden können. Bereits ansässige Firmen brauchen einen Bestandsschutz und Erweiterungsmöglichkeiten.

SPD und GRÜNE wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker an der Gestaltung ihrer Umgebung beteiligen. Dabei soll auf die Erfahrungen, die bei der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes gemacht wurden, zurückgegriffen werden. Hierzu sollen regelmäßige Stadtteilkonferenzen stattfinden. Kinder und Jugendliche sollen in überschaubare Projekte einbezogen werden.

Oberhausen hat mehr als ein Zentrum und jedes hat seinen eigenen Charakter. Die Stadtteilzentren sollen gestärkt werden. Dazu gehören ein ausgewogener Branchenmix, eine gute Erreichbarkeit, vielfältige kulturelle Angebote und Orte mit hoher Aufenthaltsqualität, die auch Kinder und Jugendliche zum Verweilen einladen. Die Attraktivierung der Stadtteilzentren ist ein ständiger, integrierter Prozess.

SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, die Ansiedlung von zentrenschädlichem Einzelhandel in nichtintegrierten Lagen zu unterbinden. Die Aufrechterhaltung eines Nahversorgungsangebots für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ist von besonderer Bedeutung.

SPD und GRÜNE fordern die Freigabe bzw. Genehmigung der Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ für Lirich und für die Innenstadt. Die zukünftige Teilnahme Osterfelds am Programm „Soziale Stadt“ muss ermöglicht werden.

Für Sterkrade und Osterfeld soll ein City-Management eingerichtet werden.

SPD und GRÜNE werden bei der weiteren Entwicklung der Stahlwerksfläche die bestehenden Möglichkeiten des Baurechts nutzen, um die qualitative Entwicklung zukünftiger Ansiedlungen zu steuern.

SPD und GRÜNE richten einen Gestaltungsbeirat als Beirat zum Planungsausschuss ein. Dieser soll zur Verbesserung des Stadtbildes, zur Sicherung der architektonischen Qualität auf hohem Niveau sowie zur Verhinderung städtebaulicher und architektonischer Fehlentwicklungen beitragen.

Das bauliche Erbe Oberhausens stellt einen kulturellen, sozialen sowie ökonomischen Wert dar, den es zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln gilt. Um die Pflege eines identitätsstiftenden historischen Stadtbildes zu unterstützen, wird ein Denkmalpflegekonzept erstellt.

SPD und GRÜNE unterstützen die Auflage eines Fassadenprogramms für die Osterfelder Innenstadt. Sie setzen sich für den Ausbau der Ausgrabungsstätte Anthony-Hütte zu einem Tourismusziel ein. Für den Bunker an der Bottroper Straße sollen die Möglichkeiten einer anderen Nutzung, einer Überbauung oder eines Abrisses geprüft werden.

SPD und GRÜNE werden einen Ideenwettbewerb für die zukünftige Nutzung von JVA, Finanzamt und Post durchführen.

5. Verkehr

SPD und GRÜNE verfolgen eine umweltgerechte Ausrichtung der Verkehrspolitik.

Den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft muss durch ein zukunftsgerichtetes, klimafreundliches Mobilitätssystem Rechnung getragen werden. Dazu gehört die Beibehaltung eines attraktiven öffentlichen Personenverkehrs ebenso wie der Ausbau der Fahrradinfrastruktur.

Die Einrichtung von weiteren Tempo-30-Zonen im innerstädtischen Bereich wird geprüft.

Zur Verbesserung der wohnungsnahen Aufenthaltsqualität für Kinder wird die Einrichtung von „Spielstraßen“ mit den Anwohnern geprüft.

SPD und GRÜNE entwickeln die fahrradfreundliche Stadt Oberhausen durch den Ausbau des Radwegenetzes und durch zusätzliche Radabstellanlagen oder Radboxen weiter. Die Verknüpfung mit den Radwegesystemen an Ruhr und Emscher wird vorangetrieben.

SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass der Beginn des STOAG-Nachtfahrplans wieder ab 23.00 Uhr erfolgt.

SPD und GRÜNE prüfen, inwieweit Eintrittskarten für Sport- und Kulturveranstaltungen gleichzeitig als Tickets für eine Hin- und Rückfahrt mit dem ÖPNV genutzt werden können.

SPD und GRÜNE wirken auf den Erhalt und die Modernisierung des Bahnhofes Sterkrade hin. Sie setzen sich für den barrierefreien Zugang zu den Bahnsteigen ein. Der DB-Haltepunkt Holten soll bestehen bleiben.

Als Beitrag zur Minderung von Lärm auf innerörtlichen Straßen wird, wo möglich, bei der Erneuerung von Fahrbahndecken der lärmtechnisch optimierte Asphalt eingebaut.

SPD und GRÜNE sprechen sich für die Fortführung der Arbeiten zur Aufstellung eines städtischen Lärminderungsplans mit den Schwerpunkten Autobahnen und Betuwe-Linie aus. Dazu gehört auch die Einforderung finanzieller Förderprogramme und Hilfen von EU, Bund und Land.

SPD und GRÜNE werden den Ausbau der Betuwe-Linie sowohl unter dem Aspekt des Lärmschutzes, als auch unter den Gesichtspunkten des Verkehrsflusses, der Betriebssicherheit und im Hinblick auf die Interessen des Nahverkehrs kritisch begleiten. Die Lärmschutzwände sind so zu planen, dass sie sich verträglich in das Stadtbild einfügen.

Ampelanlagen werden sukzessiv auf LED umgestellt. Die bestehenden Ampeln werden hinsichtlich einer intelligenten Schaltung auf Nachtabschaltung geprüft. Dabei ist dem Sicherheitsaspekt Rechnung zu tragen.

SPD und Grüne setzen sich für die Einrichtung einer gesamtstädtischen Umweltzone ein.

Die LKW-Bewegungen im Stadtgebiet sollen hinsichtlich der Durchgangs- und Rastverkehre überprüft werden. Zur verkehrspolitischen Steuerung setzen sich SPD und Grüne für die Einrichtung eines verkehrsgünstig gelegenen Autohofs in räumlicher Nähe ein.

6. Umwelt, Energie und Klimaschutz

Der Klimawandel schreitet bedrohlich fort. Die bisherige Energiegewinnung und der Energieverbrauch sind für den größten Teil des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Als einen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz setzen SPD und GRÜNE auf neue Konzepte zur Erzeugung und Einsparung von Energie.

SPD und GRÜNE werden den Ausbau der Beratungsangebote und eine verbesserte Information über Umweltdaten vorantreiben.

Sie bekennen sich zur Sicherung einer verlässlichen und umweltfreundlichen Abfallwirtschaft. Der Ausbau der Angebote zur Müllvermeidung, die konsequente Wiederverwertung und die umweltverträgliche Entsorgung unter Beachtung der Gebührenstabilität haben dabei Priorität.

Für SPD und GRÜNE ist ein sauberes Stadtbild wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

SPD und GRÜNE werden das Alleinprogramm fortsetzen und sich für eine stärkere Durchgrünung der Innenstadtbereiche als Teil der Anpassungsstrategie gegen den Klimawandel einsetzen.

SPD und GRÜNE beabsichtigen eine Überprüfung und ggf. Senkung des Energieverbrauchs städtischer Einrichtungen. Möglichkeiten zur Energieeinsparung sollen bei allen städtischen Bauvorhaben berücksichtigt werden. Programme zur energetischen Gebäudesanierung werden fortgeführt und, wo möglich, ausgebaut.

SPD und GRÜNE wollen eine Erweiterung des Angebots von umweltfreundlicher Energieversorgung. Dazu gehört auch der Ausbau der Fernwärmeversorgung.

SPD und GRÜNE wollen erreichen, dass städtische Gebäude und Einrichtungen Strom möglichst nur noch aus erneuerbaren Quellen beziehen (Ökostrom-Bezug).

Im Zuge der Sanierung von Dächern wird geprüft, ob es möglich und sinnvoll ist, auf diesen Solaranlagen zu errichten.

Dächer öffentlicher Gebäude werden für Solaranlagen von externen Betreibern zur Verfügung gestellt. Als ein mögliches Finanzierungskonzept wird die Herausgabe einer Aktie für Bürgerinnen und Bürger geprüft.

Die guten Ansätze des EEA-Prozesses werden durch einen kommunalen Energietisch auf eine gesamtstädtische Basis gestellt.

7. Gesundheit

SPD und GRÜNE werden im Rahmen der kommunalen Gesundheitspolitik konkrete Ziele erarbeiten. Die Gesundheitsberichterstattung wird weiterentwickelt.

Sie streben eine bessere Vernetzung des Gesundheitsamtes mit Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen unter Berücksichtigung und Mitarbeit der Gesundheitskonferenz und des Selbsthilfenetzwerkes an.

SPD und GRÜNE wollen die interkommunale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich vorantreiben. Hierzu gehören die Erarbeitung eines interkommunalen Gesundheitsberichtes und die Entwicklung gemeinsamer Informationsangebote.

SPD und GRÜNE werden die Gesundheitsförderung und Prävention durch ein möglichst breites Angebotsspektrum zu gesunder Ernährung und mehr Bewegung weiter ausbauen.

Dabei muss die Verbesserung der Gesundheitsprävention für Menschen in Armutssituationen einen besonderen Stellenwert erhalten. Dies sollte insbesondere durch die Ergänzung der Informations- und Präventionsarbeit des Gesundheitsbereichs erfolgen.

SPD und GRÜNE werden die Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin stärken. Sie wollen gemeinsam die Herausforderung bei der Versorgung bei psychischen Erkrankungen annehmen.

Ein Suchthilfekonzept ist unter Einbeziehung ortsnaher Strukturen und der Bereitschaft zu notwendigen Anpassungen zu entwickeln.

Die Palliativ- und Hospizversorgung ist in Oberhausen zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

SPD und GRÜNE werden die Einrichtung einer Sport- und Gesundheitsmesse prüfen.

8. Kinder und Jugend

SPD und GRÜNE wollen Oberhausen für junge Menschen und Familien noch attraktiver machen. Sie bekennen sich zum übergeordneten Leitbild einer familien- und kinderfreundlichen Stadt. Wichtige Bausteine hierfür sind das „Bündnis für Familie“, kinderfreundliche Umgebungen mit Kinderspielplätzen und sichere Schulwege.

SPD und GRÜNE setzen sich für ein ausreichendes und zeitgemäßes Angebot für Kinder und Jugendliche in den Stadtzentren ein. Dazu gehören der Erhalt bzw. die Prüfung des Ausbaus von attraktiven, nicht-kommerziellen Freizeitangeboten. Hierbei ist den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung zu tragen.

SPD und GRÜNE werden den Ausbau der Betreuungsplätze – insbesondere im U3-Bereich – weiter forcieren. Gemeinsames Fernziel ist der völlig gebührenfreie Besuch der Kindertageseinrichtungen. In einem ersten Schritt – bedingt durch die Oberhausener Haushaltslage – werden sich die Kooperationspartner dafür einsetzen, dass als Elternbeitrag erst ab 25.000 EUR Jahreseinkommen sozial gestaffelte Beiträge gezahlt werden müssen. Als zweite Stufe auf dem Weg zum kostenlosen Besuch soll das erste Besuchsjahr einer Kindertagesstätte beitragsfrei realisiert werden. Der Ausbau der Kindertagesstätten zu zertifizierten Familienzentren wird vorangetrieben.

SPD und GRÜNE sind sich einig, dass die gesetzlich festgeschriebene Elternmitbestimmung im Bereich der frühkindlichen Bildung auf der Einrichtungsebene nicht ausreicht. Daher soll die Auswahlliste des Jugendhilfeausschusses um kommunal organisierte Elternvertretungen erweitert werden.

An Entscheidungen, die sie selber betreffen, müssen Kinder und Jugendliche in altersgerechter Form beteiligt werden. Hierfür werden SPD und GRÜNE ein Jugendparlament im Laufe der Ratsperiode ins Leben rufen.

9. Soziales

Die demografische Entwicklung erfordert eine stärkere Ausrichtung der städtischen Infrastruktur auf die Bedürfnisse der älteren Generation. Deshalb unterstützen SPD und GRÜNE den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Angebote für das Wohnen und Leben im Alter.

SPD und GRÜNE setzen sich darüber hinaus dafür ein, neue generationsübergreifende Wohnformen zu entwickeln und zu unterstützen.

SPD und GRÜNE halten an der bedarfsorientierten Förderung des Frauenhauses fest. Der Erhalt der Frauenberatungsstelle wird garantiert.

SPD und GRÜNE bekennen sich zur Anwendung des Gender-Prinzips. Es ist eine Querschnittsaufgabe und muss bei allem Verwaltungshandeln Berücksichtigung finden.

Um sozialen Benachteiligungen so früh wie möglich entgegen zu wirken, werden SPD und GRÜNE die Einrichtung eines „Büros für Chancengleichheit“ prüfen. Ein solches Büro könnte präventive und früh greifende Förderinstrumente, Unterstützungsleistungen und Aktivierungsmöglichkeiten bündeln und den Betroffenen leichter zugänglich machen.

SPD und GRÜNE sprechen sich für den Erhalt der Trägerstruktur im Jugend- und Sozialbereich aus. Sie ist unverzichtbar zur Erbringung notwendiger Leistungen und zum Erhalt und Ausbau eines guten gesellschaftlichen Miteinanders. Die städtische Trägerschaft soll mindestens im jetzigen Umfang fortgeführt und die freie Trägerschaft wie bisher weiter unterstützt und einbezogen werden.

Bei der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und pflegebedürftigen älteren Menschen verfolgen SPD und GRÜNE den Grundsatz „Ambulant vor Stationär“.

Städtische und private Initiativen zur Armutsbekämpfung (Oberhausener Tafel, Mittagstisch für Kinder, Treffpunkt für Wohnungslose, Oberhausen-Pass, Schuldnerberatung u.a.) werden weiterhin unterstützt.

SPD und GRÜNE halten die Einführung eines Sozialtarifs für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen für den öffentlichen Nahverkehr für notwendig. Dazu soll in Abstimmung mit den Nachbarkommunen eine Initiative für den VRR vorbereitet werden.

10. Kultur

SPD und GRÜNE wenden sich mit Entschiedenheit gegen alle Auflagen der Kommunalaufsicht, die existenzgefährdende Einsparungen im Kulturbereich vorsehen. Sie setzen sich für den Erhalt der Kultureinrichtungen ein. Dies gilt auch für die dezentralen Angebote der Stadtbibliothek.

SPD und GRÜNE sehen in den in Oberhausen ansässigen soziokulturellen Zentren einen unverzichtbaren Bestandteil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Stadt. Sie sollen weiterhin unterstützt und gefördert werden.

SPD und GRÜNE unterstützen und fördern die Oberhausener Aktivitäten zur Kulturhauptstadt 2010.

SPD und GRÜNE werden den Ausbau des Bert-Brecht-Hauses zu einem „Haus der Bildung“ vorantreiben. Sie setzen sich für Einrichtung einer Jugendkunstschule im Haus der Jugend ein. SPD und GRÜNE wollen eine enge Kooperation zwischen den Ganztagschulen und den Kultureinrichtungen und -vereinen etablieren.

Zur Sicherung des Bestands der Kunst im öffentlichen Raum ist ein möglicher Sanierungsbedarf zu ermitteln. Außerdem soll die im Jahr 1999 erstmals erschienene Publikation „Das offene Museum – Kunstwerke im öffentlichen Raum“ überarbeitet und neu aufgelegt werden.

SPD und GRÜNE sehen große Entwicklungschancen in der Kreativwirtschaft. Die Oberhausener Kulturlandschaft bietet hierfür hervorragende Anknüpfungspunkte. Zudem liegt Oberhausen in ei-

nem Gebiet mit einer hohen Universitäts- und Hochschuldichte. Die sich auch daraus ergebenden Synergieeffekte für die mögliche Ansiedlung von Unternehmungen aus dem Bereich der Kreativwirtschaft sollen ermittelt und genutzt werden.

11. Sport und Freizeit

GRÜNE und SPD werden den Breiten-, Freizeit- und Leistungssport fördern und das soziale Zusammenleben stärken. Hierfür sollen u.a. Mehrgenerationenspielflächen eingerichtet werden.

SPD und GRÜNE werden die Realisierung des Sportstättenpaketes auf der Grundlage des Sportentwicklungsberichts sicherstellen.

Schwerpunkte sind u.a.:

- Ausbau von Kunstrasenplätzen
- Verbesserungen für den Individualsport
- Leichtathletikanlage in Sterkrade
- Sportzentrum am Tackenberg

Bei der Sicherung und dem Ausbau von Sport- und Freizeitmöglichkeiten muss der naturnahe Charakter erhalten bleiben.

SPD und GRÜNE wenden sich entschieden gegen alle Auflagen der Kommunalaufsicht, die eine Streichung von kommunalen Zuschüssen für Sportvereine sowie kostendeckende Entgelte für die Sportstättennutzung vorsehen.

SPD und GRÜNE werden Nutzungsperspektiven des Stadions durch RWO unterstützen.

SPD und GRÜNE bekennen sich zur Schaffung neuer Sportangebote und einer engen Kooperation zwischen Sport und anderen gesellschaftlichen Akteuren im Rahmen des Pilotprojektes „Moderne Sportstadt Oberhausen“.

Die Eigeninitiative von Vereinen und Sportarten wird verstärkt unterstützt.

SPD und GRÜNE setzen sich auch für den nichtorganisierten Sport ein. Ein Angebot für Inlineskater und eine Finnbahn für Jogger wird geprüft.

12. Gemeinsam für Oberhausen

SPD und GRÜNE unterstützen alle Aktivitäten, die dem friedlichen Zusammenleben der Menschen dienen.

SPD und GRÜNE werden das kommunale Integrationskonzept umsetzen und weiterentwickeln.

SPD und GRÜNE werden die Integration durch mehr Sprach- und Integrationskurse mit unterschiedlichen Trägern verstärken. Neben der Sprachkompetenz sollen auch gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhänge vermittelt werden.

SPD und GRÜNE werden die Ermessensspielräume bei der Ausländerbehörde im Sinne der Humanität zu Gunsten der Betroffenen nutzen.

SPD und GRÜNE wollen bei Einstellungen in der Verwaltung als zusätzliches Auswahlkriterium die interkulturelle Kompetenz berücksichtigen.

13. Ehrenamt

Es sind die Menschen, die mit ihrem Engagement, ihren Aktivitäten, Aktionen und Initiativen den Lebensraum Oberhausen prägen. Die Formen bürgerschaftlichen Engagements sind so vielfältig wie die Stadt. Sie stellen eine tragende Säule des gesellschaftlichen Lebens in Oberhausen dar und verdienen Respekt und Anerkennung. SPD und GRÜNE werden deshalb das ehrenamtliche Engagement weiter fördern und unterstützen. Dies gilt insbesondere auch für die Arbeit des kommunalen Familien-, des Ehrenamts- und des Agendabüros.

SPD und GRÜNE fördern Eigeninitiativen und Vereine in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Sie unterstützen insbesondere die Vereine bei ihrer Jugendarbeit.

SPD und GRÜNE wünschen die Fortsetzung eines „Tages des Ehrenamtes“ in Oberhausen mit der Auszeichnung besonders verdienter Bürgerinnen und Bürger.

14. Weitere Vereinbarungen

SPD und GRÜNE verpflichten sich, bei auftretenden Konfliktsituationen nach gemeinsam tragfähigen Lösungen zu suchen.

Zur strategischen Planung und zur Vermeidung von Konflikten wird ein Koalitionsausschuss gebildet. Der Koalitionsausschuss besteht aus jeweils vier Vertreterinnen / Vertretern der SPD und der GRÜNEN. Bei Bedarf werden weitere Personen hinzugezogen. Die Mitglieder des Koalitionsausschusses erhalten von ihren Fraktionen eine möglichst weitgehende Handlungsvollmacht, um ggf. schnell und zeitnah Entscheidungen treffen zu können. Der Koalitionsausschuss tagt regelmäßig und hat neben der langfristigen politischen Planung insbesondere die Aufgabe, Konfliktvermeidungsstrategien zu entwickeln bzw. aufgetretene Konfliktsituationen zu klären und zu lösen.

Zwischen den Fraktionsgeschäftsführungen finden kontinuierliche Abstimmungen statt.



Oberhausen, 28. Oktober 2009

- Steffi Opitz -

Vorstandssprecherin
Bündnis 90 – Die GRÜNEN
Kreisverband Oberhausen

- Elia Albrecht-Mainz -

Stellv. Vorsitzende
SPD-Unterbezirk Oberhausen

- Andreas Blanke -

Vorstandssprecher
Bündnis 90 – Die GRÜNEN
Kreisverband Oberhausen

- Volker Wilke -

Sprecher
Fraktion DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Oberhausen

- Wolfgang Große Brömer -

Vorsitzender
SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Oberhausen